

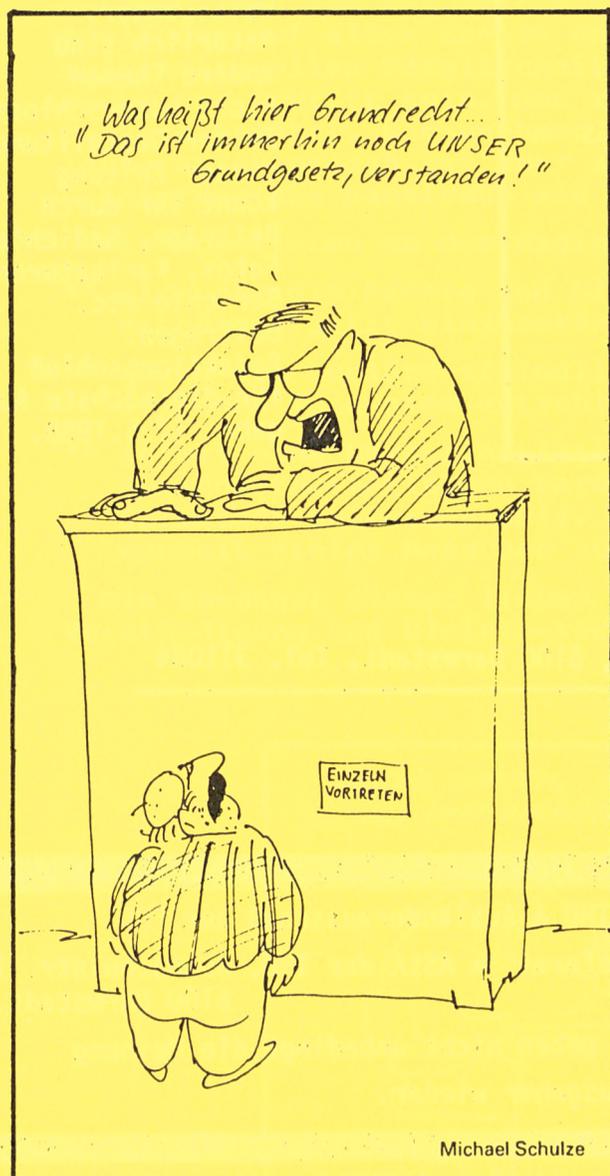
AUSLÄNDERZEITUNG



HERAUSGEBER: AUSLÄNDERAUSSCHUSS DER THD UND AUSLÄNDERAUSSCHUSS DER FHD

sommersemester 88

Nr.1



"Ausländer genießen alle Grundrechte mit Ausnahme der Versammlungsfreiheit, der Vereinsfreiheit, der Freizügigkeit, der freien Wahl von Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte sowie des Schutzes vor Auslieferung an das Ausland."

(Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Ausführung des Ausländergesetzes -identisch mit Ausländergesetz § 6)

BRIEF

AN DIE AUSLÄNDISCHEN STUDENTEN/INNEN

WIR, EURE VERTRETUNG AN DER TECHNISCHEN HOCHSCHULE DARMSTADT, MÜCHTEN EUCH BEKANNTMACHEN, DASS DIE AUSLÄNDERREFERENTEN AN DEN UNTEN AUFGEFÜHRTEN TAGEN IM ASTA (HOCHSCHULSTR. 1, ALTES HAUPTGEBÄUDE) ANWESEND SIND, UM BEI DER LÖSUNG EURER PROBLEME JEDLICHER ART BEHILFLICH ZU SEIN, UND/ODER EUCH NÜTZLICHE INFORMATIONEN ZU GEBEN.

DIE ALLE 15 TAGE STATTFINDENDEN SITZUNGEN DES AUSLÄNDERAUSSCHUSSES SIND ÖFFENTLICH, d.h., JEDE/R KANN AN DENEN TEILNEHMEN; DA ABER DER SITZUNGSTAG NICHT GENAU FESTGELEGT IST, SOLLT IHR DIES VON DEN AUSLÄNDERREFERENTEN ERFAHREN.

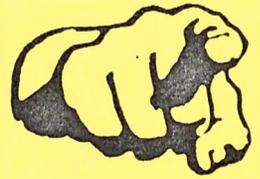
NATÜRLICH SIND AUCH DIE STUDIENKOLLEGIATEN WILLKOMMEN!

MIT FREUNDLICHEN GRÜßEN.

EUER
AUSLÄNDERAUSSCHUSS

Sprechstunden

montags: von 11⁰⁰-13⁰⁰ Uhr
mittwochs: " " "
freitags: " " "



Diese Ausländerzeitung wird drei Mal pro Semester herausgegeben. Schwerpunkte sind:

- * die in der BRD lebenden Ausländer und deren Herkunftsländer
- * internationale Politik
- * Dritte Welt-Länder.

Natürlich sind andere Themen nicht ausgeschlossen. Zu der Gestaltung dieser Zeitung könnt ihr durch Beiträge, Gedichte, Fotos, Karikaturen, Berichte etc. beitragen.

Redaktionsschluß für die nächste Ausgabe: 17.5.1988.

Ausländerausschuß der FHD: Schöffer Str. 3, 6100 Darmstadt, Tel. 311084

- Herausgeber: Ausländerausschuß der THD & Ausländerausschuß der FHD
- Anschrift der Redaktion: Ausländerreferat im AStA der THD, Hochschulstr. 1
6100 Darmstadt.
- Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber wieder.

APPELL

AN DEN MAGISTRAT DER STADT DARMSTADT

Überall in Darmstadt, von der Innenstadt bis zum abgelegensten Ort, sind die Wände mit ausländerfeindlichen Parolen wie z.B. "Ausländer raus" beschmiert; mit ihrer Häßlichkeit "schmücken" sie jene Ecken der Stadt.

Viele mögen gegen solche Parolen und deren Inhalt sein, aber sie bewegen nicht einmal einen Finger, um zu verhindern, daß die Kinder dadurch -tagtäglich solchen ausländerhetzerischen Parolen begegnet- im Unterbewußtsein dies alles zur Normalität entwickeln und so aufwachsen.

Die Behauptung, diese Parolen seien lediglich Äußerungen kranken Geistes, ist unakzeptabel und realitätsfremd; sie mögen doch Werk einer kleinen Gruppe sein, aber im Zusammenhang mit der ganzen "Ausländerproblematik" gewinnen sie an Bedeutung.

Die volle Integration in die Gesellschaft ohne Identitätsverlust, die aus der Gleichstellung der in der BRD lebenden Ausländer auf allen Ebenen und den Bestrebungen nach einer multikulturellen Gesellschaft resultieren soll, würde ein wichtiger Schritt sein, den rassistischen Gruppen den Boden, der sie ernährt, wegzunehmen. In diesem langen und mühsamen Integrationsprozeß ist aber auch die permanente und aktive Bekämpfung des Rassismus ein unverzichtbarer Bestandteil.

Wir appellieren an den Magistrat der Stadt Darmstadt,

- ** sich für die Rechte und Gleichberechtigung der ausländischen Mitbürger aktiv einzusetzen
- ** gegen die ausländerfeindlichen Gruppen und jeglichen rassistischen Tendenzen entschieden aufzutreten
- ** sofort eine Bürgerinitiative ins Leben zu rufen, die die ausländerhetzerischen Parolen in demonstrativer Weise aus Darmstadt entfernen soll, um die Wachsamkeit und Entschlossenheit vieler Menschen zu zeigen.

Die Bewohner dieser lieben Erde verdienen mehr Menschlichkeit, Verständigung und Gleichberechtigung !



... noch einmal ZIMMERMANN

Innenminister Zimmermann will mit seinem "neuen" Entwurf für eine Verschärfung des Ausländerrechts die bestehenden Rechte der Ausländer beschneiden. Nach dem Entwurf werden in einem "Ausländerintegrationsgesetz" zwar die Möglichkeiten für die lange Zeit in der BRD lebenden Ausländer "verbessert", sich hier niederzulassen. In einem "Ausländeraufenthaltsgesetz" aber wird der Anspruch der Bundesrepublik betont, "öffentliche Interessen vor die Belange des Ausländers" zu stellen: "Das Ausländergesetz ist kein Einwanderungsrecht".

Mit diesen Gesetzen will das Innenministerium den Schein von zwei Typen von Ausländern schaffen; nämlich die beliebten und die unbeliebten Ausländer. Mit dem "Ausländerintegrationsgesetz" verbindet das Innenministerium den frommen Wunsch: "Ausländer integrieren zu können". Unter dem Begriff der Integration versteht das Innenministerium die Assimilation der Ausländer. Die Ausländer sollen ihre eigene kulturelle Identität aufgeben, statt dessen sich nach deutschen Kulturmustern verhalten, ohne daß sie diese internalisieren. In dem Entwurf ist auch von "BRD ist kein Einwanderungsland" die Rede. Ob die Bundesregierung will oder nicht: es ist eine Tatsache, daß die Bundesrepublik schon längst ein Einwanderungsland geworden ist.

Künftig soll die "Aufenthaltsverfestigung" nicht mehr automatische Folge einer Aufenthaltsdauer sein, sondern die auf begründete Einzelfälle beschränkte Ausnahme". Dies soll heißen: Spätestens nach acht Jahren entscheiden die Behörden, ob ein Ausländer bleiben darf oder zurück in sein Heimatland muß. Wir fragen die Herren, woher sie dieses Recht nehmen, über die Zukunft der Menschen zu entscheiden? Warum werden die Ausländer ihrer Freiheit beraubt, sich über ihre Zukunft selber zu entscheiden? Nach welchen Kriterien soll dies geschehen, Herr Zimmermann?!

Die ausländischen Arbeiter wurden in den Anwerbeländern wie Pferde untersucht und hierher geholt; nachdem man diese Menschen wie eine Zitrone ausgesaugt hat, will man sie auf diese unmenschliche Art und Weise los werden. Wenn ein Ausländer hierzulande arbeitslos ist und länger als ein Jahr Arbeitslosenhilfe bezieht, soll dies künftig ein Grund zur Ausweisung sein. Ein ausländischer Mensch, der Jahrzehnte lang seine Steuern und Rentenversicherungsbeträge wie jeder andere bezahlt hat, wird so belohnt, indem er abgeschoben wird. Bisher war nur der dauernde Bezug von Sozialhilfe ein Ausweisungsgrund.

Erweitert hat Zimmermann auch den Katalog der "Ausweisungsbestände". Jeder darf abgeschoben werden, der Die "Bundesrepublik

Deutschland" und die "Verfassungsorgane von Bund und Ländern herabwürdigt" - was auch immer damit gemeint sein mag.



Diese Art von Ausländerpolitik kann nicht im Interesse eines sozialen und demokratischen Staates, wie man hier so schön zu sagen pflegt, liegen.

Eine der Bedingungen einer demokratischen Gesellschaft ist auch das Recht der Partizipation von Minderheiten am politischen Geschehen. Dieses Recht haben die Ausländer nicht einmal auf der kommunalen Ebene. Es muß in Frage gestellt werden, ob die BRD tatsächlich ein demokratisches Land ist. Wir sagen, wie die Realität dies bestätigt, daß die Bedingungen für einen demokratischen Staat hierzulande nicht erfüllt sind. Die deutschen Politiker denken, daß es damit getan ist, zu sagen, daß die Verfassung dies nicht erlaube, den Ausländern Wahlrecht "zu geben". Automatisch stellt man sich die Frage, wer die Verfassung und die Gesetze geschrieben und gemacht hat? Ob die Verfassung eine Gabe des Gottes ist, die nie geändert werden darf?

Was bedeutet die Aussage "Um die Verfassung zu ändern bräuchte man im Bundestag 2/3 Mehrheit"?

Warum hat man diese 2/3 Mehrheit nicht? Oder hat man Angst vor irgendwelchen Institutionen oder Wählergruppen oder gar vor den Ausländern?

Gerade ein Land wie die BRD und deren Politiker sollten genug von der Geschichte gelernt haben, was mit den Minderheiten passiert ist, weil sie keine Möglichkeiten hatten, sich zu wehren.

(Ibrahim)

NAMIBIA

"Da, wo es Unterdrückung ist, ist der bewaffnete Kampf unvermeidlich. Aus diesem Grunde rufen wir die ganze Welt dazu auf, uns in unserem Unabhängigkeitskampf zu unterstützen" führt ein SWAPO-Sprecher aus.

Namibia, das sich unter der UNO-Obhut befindet, wird immer noch durch das südafrikanische Apartheidsregime besetzt gehalten. Die SWAPO kämpft für die Erreichung Namibias Unabhängigkeit.

Junge Vergangenheit Namibias: Der Grundstein für das beschämende Apartheidsregime in Namibia, das als einziges Land im Schwarzafrika unter Kolonialismus leidet, wurde im Jahre 1884 durch die deutsche Besatzungsmacht gelegt. Zwischen den Jahren 1884 und 1915 hatte das Volk von Namibia im Kampf gegen wirtschaftliche Ausbeutung und Unterdrückung Tausende von Gefallenen zu beklagen. Während in jenen Jahren die deutsche Kolonialadministration die schwarze Mehrheit mit Gewehrkolben zur Arbeit antrieb, beantwortete diese den Widerstand mit Massakern. Wegen Ausbruchs des ersten Weltkrieges zog die deutsche Besatzungsmacht aus Namibia im Jahre 1915 ab. Danach haben die südafrikanischen Truppen im Dienste des britischen Imperialismus dieses Land besetzt. Im Jahre 1920 wurde Namibia durch einen Beschluß des "Völkerbundes" der südafrikanischen Obhut anvertraut. Südafrika verstärkte die rassistische und die auf wirtschaftsausbeutung basierende Politik, die vorher von den Deutschen praktiziert worden war, in Namibia, dessen Einwohner mehrheitlich aus Schwarzen bestanden. Dazu systematisierte Südafrika die Apartheid durch gesetzgeberische Maßnahmen.

Nach dem zweiten Weltkrieg forderte die UNO Südafrika auf, Namibia unter die Kontrolle des Überwachungsrates der UNO zu entlassen. Nach der Ablehnung dieser Aufforderung erklärte der Rat der UNO im März 1969 die Besetzung Namibias für illegitim, verlangte den Abzug der südafrikanischen Besatzungstruppen aus diesem Land. Der inzwischen von den 31 Mitgliedern der UNO gegründete Namibia-Rat übernahm die Befugnis, Namibia zu regieren, bis es seine Unabhängigkeit erlangt. Auch wenn der Rat intensiv darauf hinarbeitet, kann er von seiner Befugnis kein Gebrauch machen, weil Namibia immer noch besetztgehalten wird. SWAPO, die für Unabhängigkeit des namibianischen Volkes kämpft, erweiterte den 1960 begonnenen organisierten Kampf gegen Südafrika im Jahre 1966 zum bewaffneten Kampf und mußte ihre Stützpunkte notgedrungen in den Norden, nach Angola verlagern. Die südafrikanische Regierung überschreitet des öfteren die Grenze zu Angola und überfällt es, um die SWAPO-Stützpunkte zu vernichten.

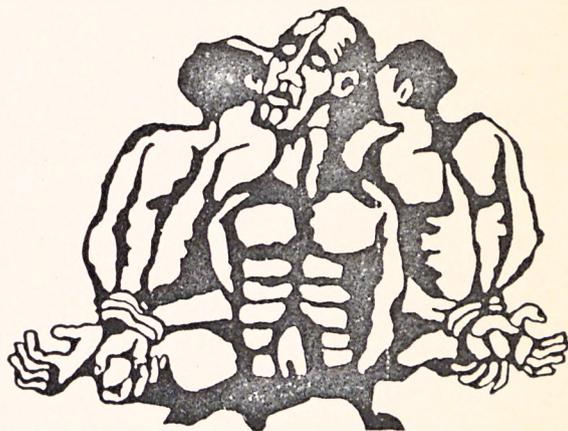
Das rassistische Südafrika stockte seine Truppen in den letzten Besatzungsjahren von 15 000 auf 100 000 Mann auf.

Dafür, daß trotz allen diplomatischen Initiativen unter der Obhut der UNO Namibia seine Unabhängigkeit nicht realisieren kann, sorgt u.a. die Tatsache, daß westliche wie die amerikanischen, englischen, französischen und bundesdeutschen Unternehmen im Ausbeuten der reichhaltigen und gewinnträchtigen Rohstoffvorkommnisse in diesem Land mit Südafrika zusammenarbeiten. Die reichen Rohstoffvorkommnisse des Landes befinden sich im Monopol von drei Gesellschaften: CDM Consolitated Diamond Mines mit US-amerikanischem Kapital, TSUEMB ebenfalls mit US-amerikanischem Kapital und RIZ Rio Tinto Zinc mit englischer Kapitalmehrheit.

Der Präsident des Namibia-Rates der UNO, Sylvester Jarett, ist auch der Meinung, daß dem Rat bedeutende Aufgaben zukommen, damit Namibia seine Unabhängigkeit erreicht. Hinter der Tatsache, daß trotz allen diplomatischen Bemühungen der UNO die Besetzung Namibias durch das rassistische weiße Minderheitsregime Südafrikas fort dauert, vermitet Jarett die Beibehaltung politischer, wirtschaftlicher und diplomatischer Beziehungen einiger Länder mit dem Pretorianischen Regime.

Den Kampf der SWAPO, aber auch den Beschluß der UNO zu unterstützen, ist für Namibia und dessen einheimisches Volk eine menschliche Verpflichtung

Auch FJS wird das Apartheidsregime nicht retten können!



Das teuflische Dreieck

Iran-Irak-Türkei

Der Iran-Irak-Krieg geht ohne ein absehbares Ende weiter. Die Bombardierung der Städte und die Verwendung chemikalischer Waffen bilden eine neue Phase des Krieges, dessen Akteure -trotz Versuche- das herrschende Gleichgewicht nicht ändern können.

Dieser Krieg geht über die Grenzen beider Länder weit hinaus und ist eine Arena der überregionalen Macht- und Wirtschaftsinteressen, die manche Länder zu strategischen Vorbereitungen auf Ausnutzung des Krieges zu eigenen Gunsten oder gar auf eine direkte Einmischung veranlassen.

Die von dem Kriege Profitierenden...

... sind im Moment die Waffenlieferanten und die Länder, die seit Jahrzehnten eine von ihnen unabhängige Stabilität im Nahen Osten befürchten und deswegen immer neue Konflikte in dieser Region schüren.

Eine Beendigung des Krieges liegt nicht im Interesse dieser Länder, solange sie über die Kontrolle des gleichgewichtigen Krieges verfügen. Auch ein kontrollierbares Ende dieses militärischen Konflikts würde den Profitierenden keine Schäden zufügen, ganz im Gegenteil, die nationalen Einkommen von Irak und Iran würden für den wirtschaftlichen Wiederaufbau den profitierenden Ländern und Unternehmen zufließen -geschweige denn die neuen verschuldungen durch Kredit-Aufnahmen und die dadurch zu entstehende totale Abhängigkeit.

Nur im Falle eines eindeutigen Sieges des Iran, der auch dann auf den heute propagierten Ziele beharren würde, scheint es den Profitierenden gefährlich zu sein.

Ein möglicher Iran-Irak-Syrien-Block im Nahen Osten heißt vor allem den Verlust der Kontrolle über die Ölproduktion in diesem gebiet seitens westlicher Länder, einerseits, und die totale Änderung des politischen Klimas in dieser Region zuungunsten des Westens und der ihm getreuen Länder, andererseits. Die prowestlichen arabischen Länder müßten dann um ihre Existenz befürchten und es würde für sie viel schwirriger sein, dem radikal-religiösen Einfluß standzuhalten. Der Pan-Islamismus und der Pan-Arabismus (Syriens) würden sich vor einem Konflikt mit anderen prowestlichen Ländern in dieser Region, mit Israel und der Türkei, nicht zurückhalten -egal, wer diesen Konflikt verursacht.

Daß so einer von der Lage und Haltung des Iran bedingten Situation die westlichen Länder nicht tatenlos zuschauen würden, zeigen schon die heutigen Einmischungen und die strategischen Pläne, über die öftersmal eine offene Diskussion läuft.

Erst in so einem Falle würde das Pulverfaß richtig explodieren und diese Gebiet in Flammen setzen. Und der einzige Verlierer steht fest: alle Völker im Nahen Osten.

Es ist keine Prophezeiung...

... sondern heutzutage eine offene Diskussion in der Türkei, ob, wie und wann die türkische Armee in den Irak einmarschieren soll.

Die Sanierungsversuche der türkischen Wirtschaft gemäß dem Friedmännischen Wirtschaftsmodell nach dem Militärputsch im Jahre 1980 setzten die Verbesserung der Außenhandelsbeziehungen mit nah-östlichen Ländern und damit die Steigerung der Exporterlöse voraus. Da schaffte der Iran-Irak-Krieg der Türkei eine Abhilfe; der bis dahin wegen Ölimports zuungunsten der Türkei laufende Außenhandel mit diesen Ländern wurde zu einer der wichtigsten Devisenquellen der Türkei; um drei Milliarden USDollar jährlich (1/4 der gesamten Exporteinnahmen). Paralell dazu wurde die türkische Armee modernisiert, mit dem Ziel, daß die Türkei im Nahen Osten sowohl politisch als auch militärisch "aktiver" wird.

Abgesehen davon, daß inzwischen das Außenhandelsdefizit von ca. zwei Milliarden \$ auf ca. sieben Milliarden \$ jährlich und die Schulden des Landes auf 30 Milliarden \$ stiegen, ist die im Vergleich mit der Vergangenheit aktivere wirtschaftliche Rolle in der Region einer der Gründe, warum die Türkei es wagt, sich an die Pläne der westlichen Länder über den nahen Osten offener anzuschließen.

Vor 5-6 Jahren begann man zu flüstern, daß damals ein Unrecht geschehen wäre, als nach dem türk. Befreiungskriege Kirkuk und Mosul in Irak (wo sich die Ölfelder befinden und Überwiegend die Kurden leben) dem England überlassen wurde, und daß in diesem Gebiet immer noch eine türkische Minderheit lebe...



Dann wurden die Stimmen lauter: Die Aktivitäten der Kurden in diesem Gebiet seien eine Gefahr für die Türkei, die gebannt werden müsse... Die Gründung eines kurdischen Staates oder die Niederlage des Irak würde auch den wirtschaftlichen Interessen der Türkei Schäden zufügen (Die Türkei bezieht von diesem Gebiet einen großen Teil ihres Ölbedarfs und der Irak transportiert eine erhebliche Summe seines Öles durch eine Pipeline über die Türkei)...

Es ist überhaupt nicht ausgeschlossen, daß die Türkei -unabhängig vom Ablauf des Krieges- auf "Bitte" des Irak in dieses Gebiet einmarschiert, um gegen die Kurden dem Irak Abhilfe zu leisten. Proben sind schon gemacht worden: In den letzten Jahren überschreitet die türkische Armee die irakische Grenze mehrmals und ging auf Kurden-Verfolgung.

Vor kurzem warnte der Kurden-Führer Chelal Talabani die Türkei vor einem Einmarsch und sagte, daß sie sich dann mit kurdischen Organisationen in Türkei-Kurdistan verbünden und dieses Gebiet zur Hölle für die Türkei machen würden, was nicht unwarschenlich ist.

Angesichts der Änderungen bei der Kurden-Politik der Türkei in den letzten Jahren, ist es jedoch anzunehmen, daß -im Falle eines Einmarsches- in diesem Gebiet ein "kurdischer" Staat gegründet wird, während die richtigen kurdischen Organisationen bekämpft werden; dies wäre auch die "endgültige" Lösung der Kurdenfrage, die eigentlich zu den wichtigsten und brennendsten Problemen des nahen Osten gehört. Da die Verwandlung des Einmarsches in eine Annexion sicher ist, "könnte dieses reiches Gebiet der Überwindung der schweren wirtschaftlichen Krise der Türkei dienen".

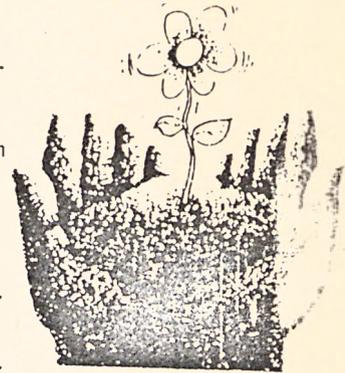
Manche Befürworter des Einmarsches und der späteren Annexion -darunter auch eh. Generale- machen sich aber auch Sorgen, ob es militärisch möglich und auf Dauer politisch aushaltbar ist.

Wegen der heißen und offenen Diskussion sah sich der Iran veranlaßt, die Türkei davor zu warnen, erklärte jedoch, daß er zu Gesprächen mit der Türkei bereit ist, was eigentlich "Einladung zur Zusammenarbeit" heißt -die Türkei pflegt ja gute Beziehungen auch zu Iran. So eine erstaunliche Welt ist es!

Was wir bis jetzt erzählt haben, sind keine Vermutungen von uns, sondern Vorhaben und Pläne, über die man -im Auftrage der westlichen Länder- ernsthaft diskutiert.

Was uns übrigbleibt, ist der permanente Kampf gegen Ausbeutung, Unterdrückung, Kriege... Im eigenen Interesse und bevor es zu spät ist!

Red.: TÜDÖB-Vereinigung demokratischer Studenten aus der Türkei.



Sri Lanka

Wie...Hitler, werde ich weiter tun..

"Krieg bedeutet Töten. Wie Hitler, Napoleon, Cäsar, Mongholenkönige -die Kriegsführer in der Vergangenheit, wird jetzt "J.R." weiter tun. Als Kriegsführer brauche ich nicht die anderen zu fragen, was getan werden sollte..."

Es ist ein Teil von der Rede des Präsidenten J.R. Jayawardana, anlässlich des 33. Jahrestages der Gründung der Regierungspartei in Colombo, Sri Lanka.

Für die Landsleute bedeutet jedoch der Krieg Terror, Angst und Armut. Die Ausnutzung der bürgerkriegsähnlichen Situation in Sri Lanka für das "Verschwindenlassen" der Regierungsgegner hat in der letzten Zeit zugenommen. Da die Studentenbewegung in Sri Lanka mit der Unterstützung von der Opposition ihre Stimme erhebt, wurde die staatliche Gewalt noch stärker in den Universitäten angewendet.

Manche Studenten sind seit mehr als einem Jahr im Gefängnis, ohne Angabe von Gründen. Einige sind einfach verschwunden. Darunter ist der 38jährige wissenschaftliche Mitarbeiter Sathyapala Wannigama vom Fachbereich Philosophie der Universität Ruhuna. Er wurde am 13. November 1987 in Süd-Sri Lanka verhaftet. Zuletzt hat ihn ein später entlassener Inhaftierter am 25. November 1987 im Gefängnis der Hungama-Polizeistation gesehen.

Die Polizei lehnt ab, daß er überhaupt verhaftet wurde. Aber einige von den vielen Menschen, die seine Verhaftung (auf der Straße) gesehen haben, sind bereit ihr Leben aufs Spiel zu setzen, d.h., vor dem Gericht als Zeuge auszusagen.

Es gibt viele Studenten von der Uni Jaffna in Nord-Sri Lanka -genaue Zahl und Namen noch unbekannt-, die Opfer der Aggressivität der indischen "friedens"truppen geworden sind. Es ist jedoch schon bekannt, daß die indischen Soldaten drei Wissenschaftler von der medizinischen Fakultät, Dr. Parsimelalagar, Dr. Gahasharatnam und Dr. Sivapadasundaran, ohne Vorwarnung erschossen haben.

Zum Auffinden der "Verschwundenen" und zur Unterstützung der Hinterbliebenen der Universitätsangehörigen bittet die interuniversitäre Studentenföderation, das Führungsorgan der Studentenbewegung in Sri Lanka, um Spenden auf das WUS-Konto: 72321 bei der Bank für Sozialwirtschaft Köln, BLZ 370 205 00.

Red.: WUS-Dramstadt
(Tel. 163020)



Es ist nicht das erste Mal, daß sich das palästinensische Volk erhebt. Die Geschichte des palästinensischen Volkes seit dem Jahre 1911 bis zu dieser Sekunde hat eine Reihe von Revolution und Erhebungen zu verzeichnen. Allerdings ist der Aufstand, den wir jetzt erleben, qualitativ eine neue Etappe und ein prinzipieller Sprung in der Geschichte der Kämpfe unserer palästinensischen Massen und auf dem Weg zu Verwirklichung ihrer Ziele Freiheit und Unabhängigkeit. Einige haben versucht zu behaupten, daß dieser Aufstand ein spontaner Aufstand sei, der nach ein paar Tagen beendet sein würde. Einige haben gesagt, daß dieser Aufstand als Reaktion auf ein bestimmtes Ereignis zu betrachten sei, z.B. als Reaktion auf die Gipfelkonferenz von Amman, als Reaktion auf das, was in Gaza geschehen ist, als Reaktion auf diese oder jene Haltung. 5 Monate nach Beginn des Aufstands stellt eine entscheidende Antwort auf diese Meinungen dar.

Objektive/subjektive Bedingungen

Die erste Komponente: sie versucht zu erläutern, was in den besetzten Gebieten vor sich geht, also die objektiven Bedingungen und damit ist die Besatzung gemeint. Eine Besatzung, die sich von jedem derartigen Regime auf der ganzen Welt unterscheidet. Häuser werden zerstört, islamische und christliche Heiligtümer geschändet. Boden wurde beschlagnahmt. Massenhafte wurden vertrieben und deportiert.

Die zweite Komponente: das subjektive Element der palästinensischen Revolution innerhalb der besetzten Gebiete ist gewachsen.

Desweiteren gibt es eine ganze Reihe von Bedingungen und Elementen, welche eine unterstützende Rolle dabei gespielt haben, die Kampfkraft unserer Massen und ihren Widerstand gegen die Besatzung zu steigern.

Das erste darunter ist die Verwirklichung der palästinensischen nationalen Einheit in Algier im April 1987.

Das zweite Element: die arabische Gipfelkonferenz und ihre Haltung gegenüber der Palästina-Frage. Die Versuche, die PLO außen vor zu lassen, die PLO und ihre Vertretung des palästinensischen Volkes innerhalb dieses Gipfels zu negieren.

Das dritte Element: das abscheuliche Verbrechen von Gaza. Da hat ein Armeelastwagen einen Zivilwagen im Gaza-Streifen überfahren, was dazu geführt hat, daß absichtlich drei palästinensische Bürger umgebracht wurden.

Das vierte Element: der Widerstand unserer Massen in den Lagern im Libanon. Über 2 1/2 Jahre standen sie unter Belagerung, wurden ausgehungert, zusammengeschossen und man versuchte, sie zu eliminieren. Und trotzdem haben sie Widerstand geleistet.

Das fünfte Element: die Operation Drachenflieger, die das PFLP-Generalkommando ausgeführt hat und die auch eine entscheidende Rolle gespielt hat, die Begeisterung unserer Massen zu erhöhen und die Schlagkraft ihres Kampfes gegen die Besatzung zu steigern.

Der Charakter des Aufstands

Das erste Charakteristikum dieses Aufstands ist, daß er umfassend ist. Vom Klassenstandpunkt her sehen wir, daß keine einzige Gruppe in den Reihen des palästinensischen Volkes -in jedem Ort in ganz Palästina- sich außerhalb dieses Aufstands befindet. Politisch gesehen gibt es keine einzige nationale politische Kraft, die sich außerhalb des Aufstands gestellt hätte,

Das zweite Charakteristikum ist Genauigkeit und Organisationsgrad. Dieser Aufstand hat als wesentliches Charakteristikum seinen hohen Organisationsgrad. Er wird geführt von einer einheitlichen Führung im Inneren, die integraler Bestandteil der PLO ist und in engster Verbindung mit der PLO steht.

Das dritte Charakteristikum ist sein Mut und seine Durchschlagskraft. Man hört sehr oft von den palästinensischen Steinen Reden und wir sagen, daß die entscheidende Frage nicht der palästinensische Stein ist, sondern der Wille des Palästinensers, der diesen Stein trägt, der diesen Stein in eine Waffe angesichts der israelischen Panzer verwandelt hat. Der Feind hat keine Waffe ausgelassen, die er nicht eingesetzt hätte, um diesen Aufstand zu zerschlagen. Er hat Flugzeuge, Panzer, chemische Waffen, Giftgase, alles hat er eingesetzt. Mehr noch,

es sind Söldner ins Land gebracht worden, Söldner aus Südafrika, die spezialisiert sind im Zerschlagen von Inneren Aufständen.

Das vierte Charakteristikum ist die Lange Dauer. Viele haben gewettet, daß dieser Aufstand eine oder zwei Wochen dauern und dann beendet sein würde. Aber der Aufstand geht jetzt in den fünften Monat rein und er wird länger dauern und er ist, genau in der Phase, in der er neue Formen in der Konfrontation annehmen wird.

Das fünfte Charakteristikum: es ist ein politischer Aufstand und nicht ein allgemeiner spontaner Aufstand. Das findet seinen Ausdruck in den Parolen, in den Kommuniqués und in den Rufen, die man in den Demonstrationen hört.

In der ersten Phase sehen wir, daß die Demonstrationen, die Kommuniqués, die Molotow-Cocktails, die Messer und die Steine die Hauptmethoden des Aufstands waren, um den Besatzungssoldaten den größtmöglichen Schaden zuzufügen. Die 2. Phase, in die der Aufstand jetzt eintritt, ist die Phase des zivilen Ungehorsams. Zusammen mit den grundlegenden Forderungen (Stopp der Deportationen, Schließung der Gefängnisse, Freilassung der Gefangenen, Stopp der Beschlagnehmung des Bodens und des Wassers, ein Aufruf zum Steuerboykott). Wir wissen, daß dies keine einfachen Forderungen sind, daß es auch eine ganze Reihe von Hindernissen gibt und daß eine Reihe von Bedingungen erfüllt sein müssen, um den zivilen Ungehorsam bis zum Ende durchzuführen. Die zionistische Regierung reagiert mit einer solchen Schärfe, daß selbst die US-Regierung sich durch die internationalen Proteste gezwungen sah, zumindest zeitweise Position gegen das Vorgehen der Zionisten zu beziehen. Anfangs machte die israelische Armee fast bei jeder Demonstration von der Schußwaffe Gebrauch, so daß die Zahl der Todesopfer unter der palästinensischen Bevölkerung schnell stieg, z.Zt. auf über 150. Um der Verletzten habhaft zu werden, wurden die nicht unter direkter israelischer Kontrolle stehenden Krankenhäuser gestürmt und Verletzte festgenommen. In einem Krankenhaus im Ghaza-Streifen wurden Blutkonserven beschlagnahmt, damit hier keine weiteren Palästinenser behandelt werden können und sie somit in israelischen Krankenhäuser gebracht werden müssen. Seit Anfang dieses Jahres setzt die Armee darauf, Demonstrierende mit Holzknüppeln gezielt zu verprügeln und Krankenhausreif zu schlagen. Die Zahl der Verletzten geht in die Tausende. Um die vielen Tausend Verhafteten (ca. 25000) unterbringen zu können, wurden Schulen und andere Gebäuden geräumt und als Gefangenenlager benutzt. Mehrere Palästinenser sind bei Verhören durch Folterungen umgebracht worden. Lebensmittellieferungen der Hilfsorganisationen für die Flüchtlingslager, die unter Ausnahme "recht" und Belagerung durch die Armee stehen, wurden nicht durchgelassen.

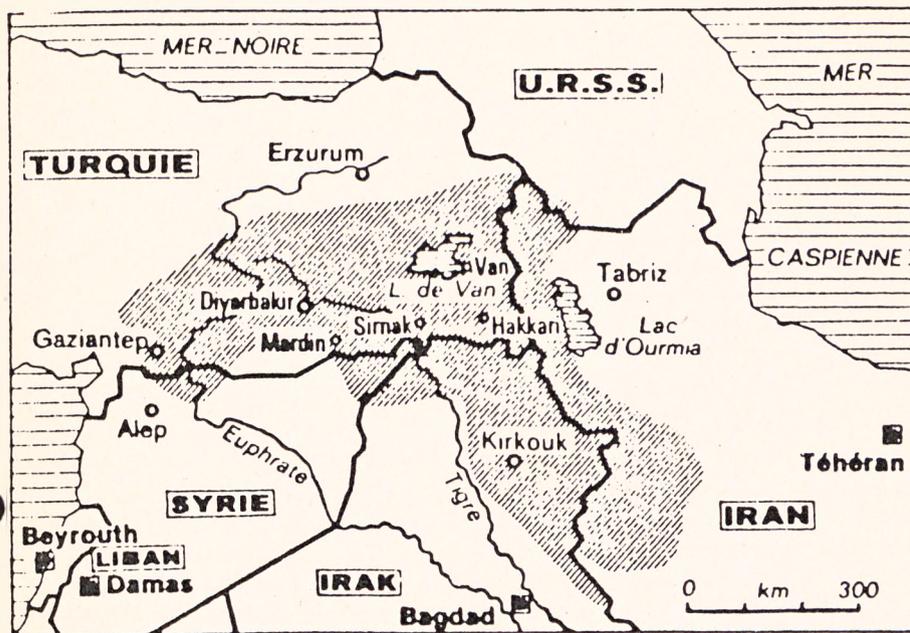
Der gegenwärtige Volksaufstand ist der bisher weitestgehende Schritt in Richtung auf die Befreiung Palästinas, im Kampf für das Recht auf Rückkehr, Selbstbestimmung und die Errichtung eines demokratischen Staates in Palästina mit Jerusalem als Hauptstadt.

Politik der direkten Unterdrückung

der kurdischen Identität in

Syrisch-Kurdistan

H. Dost



Die Kurden sind in Syrien die größte Bevölkerungsgruppe nach den Arabern. Ihre Existenz wird jedoch vom Regime nicht anerkannt. In unseren Pässen werden wir als "Araber" geführt. Nicht zuletzt deshalb ist es schwierig, die genaue Zahl der Kurden in Syrien anzugeben. Wenn man die Kurden in den überwiegend arabischen Städten wie Aleppo, Damaskus, Hama, Al-Hassaka und Al-Tabaqa und die Kurden in arabischen Gebieten wie Albab, Azaz und im Kleinen Kurdenberg nahe dem Alawiten-Kobanza und Al-Djazirah hinzuzählt, kommt man auf ca. 2 Millionen Menschen, das sind rund 15% der Bevölkerung Syriens.

Zwar wurden dem kurdischen Volk in Syrien seit der Unabhängigkeit 1946 nie nationale Rechte zugestanden. Bis Ende der 50er Jahre waren die Kurden aber keinen besonderen repressiven Maßnahmen unterworfen. So konnte unser 1984 im schwedischen Exil verstorbener Dichter Gegerxwin von 1946 bis 1958 seinen "Diwan" in lateinischer Schrift und auf Kurdisch in Syrien veröffentlichen. In den kurdischen Städten Qamišli, Amuda und Afrin war der Schulunterricht zwar ausschließlich in arabischer Sprache, aber kurdische Lesebücher waren überall frei zu haben. Die Politik der direkten Unterdrückung beginnt in der Zeit der Vereinigten

Arabischen Republik. In dieser Zeit, genau 1959, wurden erstmals kurdische Politiker der zwei Jahre zuvor gegründeten "Kurdischen Demokratischen Partei in Syrien" verhaftet. Am 23.8.1962 - also nach dem Bruch mit Ägypten - wurde das Gesetzdekret Nr. 93 erlassen, das eine außerordentliche Volkszählung in der Djezirah ermöglichte, wohin angeblich Kurden aus der Türkei zugewandert waren, um den "arabischen Charakter" der Provinz zu zerstören. Im Ergebnis der im November durchgeführten Volkszählung verloren rund 120.000 Kurden der Djezirah ihre syrische Staatsangehörigkeit. Die Zahl der syrischen Kurden, die ohne Ausweise sind, liegt deshalb bei über 200.000.

Am 8. März 1963 kam die noch heute herrschende ASBP an die Macht, zunächst ihr rechter Flügel. Zu ihren ersten Amtshandlungen gehörte die Entsendung der Yarmuk-Division in den Irak, wo sie sich am Vernichtungsfeldzug gegen die dort für Autonomie kämpfenden Kurden beteiligte. Dieser Kampf für Autonomie wurde von der Propaganda als ein Versuch, ein "zweites Israel" auf arabischem Boden zu schaffen diffamiert. Im November 1963 veröffentlicht die Baath-Partei eine Stu-

die über die Provinz Djazirah aus nationaler, sozialer und politischer Sicht" aus der Feder von Mohamed Taleb Hilal, damals Leiter des Geheimdienstes in der Provinz, dann Gouverneur von Hama und später unter den zwischen 1966 und 1970 herrschenden "linken" ASBP-Flügel Versorgungsminister. In dieser Studie, die von dem kurdischen Schriftsteller und Politiker Dr. Ismet Chérif Vanly unter dem Titel "The Syrian 'Mein Kampf' against the Kurds" 1968 ausführlich untersucht wurde, "beweist" Hilal zunächst, daß die Kurden nichts weiter als gewalttätige Wilde sind, um sodann einen 12-Punkte Katalog für die Endlösung der Kurdenfrage in Syrien vorzuschlagen. Sie sollen 1. umgesiedelt und zerstreut werden, 2. von jeglicher Bildung - auch arabischer - ausgeschlossen werden, 3. soll ihnen jede Erwerbsmöglichkeit entzogen werden, sollen 4. die nach früheren Aufständen aus Nordkurdistan geflüchteten an die türkische Regierung ausgeliefert werden, 5. Kurden gegeneinander aufgehetzt werden, 6. der bereits 1962 vorgeschlagene arabische Siedlungsgürtel geschaffen werden, 7. überall innerhalb der kurdischen Gebiete "reinrassige Araber" angesiedelt werden, 8. der Siedlungsgürtel militarisiert werden, 9. kollektive Farmen für die neuangesiedelten Araber gegründet werden, die dort bewaffnet leben sollen, 10. allen nicht Arabisch Sprechenden die bürgerlichen Rechte entzogen werden, 11. kurdische Ulemas in den Süden und arabische in die Kurdengebiete versetzt und schließlich 12. eine "großangelegte antikurdische Kampagne unter den Arabern durchgeführt" werden. Diese Maßnahmen, insbesondere die Schaffung des arabischen Gürtels von 10 km Breite entlang der Grenze zur Türkei und Irak, wurden mit unterschiedlichem Erfolg und schwankender Intensität von dem damaligen und den Nachfolgeregimen durchgeführt. Die Intensität der Durchführung dieses Programms, das dem Charakter des Regimes bestens entspricht, hängt augenscheinlich davon ab, ob das Regime gerade mit wichtigeren Problemen beschäftigt ist oder nicht. Angesichts der relativ geringen Zahl der Kurden in Syrien und ihrer geographischen Verteilung bilden die Kurden in Syrien anders als etwa die im Irak, im Iran und in der Türkei für das Regime kein essentielles Problem. Es gibt daher immer wieder vordringlichere Probleme. So hat 1967 sicher nicht nur der Widerstand der betroffenen Bauern, sondern vor allem auch der Krieg mit Israel, zunächst das Projekt der "linken" Baath im Gebiet nordwestlich von Afrin unter dem Deckmantel der sozialisti-

schen Agrarrevolution die kurdischen Bauern durch arabische zu ersetzen, ad acta gelegt. 1976 - parallel zur syrischen Intervention im Libanon - war es das großangelegte Projekt der Umsiedlung aus der Djezirah, das von Präsident Assad gestoppt - aber keineswegs rückgängig gemacht - wurde.

Die Beziehungen des Baath-Regimes zu den Kurden sind bei unveränderter Grundlage taktischen Schwankungen unterworfen. Auch nachdem Assad sich 1970 an die Macht geputscht hatte, fanden weiter Verhaftungen politisch aktiver Kurden statt - vor allem 1973 - und werden die Arabisierungspläne fortgeführt - so wurde z.B. der Ort Derik in Al-Malikiyye umbenannt. 1973 wurden z.B. neun Mitglieder der ZKs der KDPS verhaftet und ohne Gerichtsurteil ins Gefängnis geworfen. 1983 wurden sie freigelassen. Generell ist festzustellen, daß die Repression gegen die Kurden in dem Maße nachließ, wie sich das Regime einerseits der Angriffe der reaktionären islamischen Bewegung zu erwehren hatte, im Libanon relativ offen im Konflikt mit Israel und den USA lag, engere Beziehungen zur überwiegend kurdischen irakischen Opposition pflegte und sich auch die Beziehungen zum türkischen Regime verschlechterten. So konnten dann die syrischen Kurden am 21. März 1985 erstmalig ihr nationales Neujahrsfest "Newroz" feiern, ohne daß Gegenmaßnahmen durch die Regierung erfolgten. Politische Organisationen, die ausnahmslos verboten sind, konnten natürlich nicht offen dabei auftreten. Im folgenden Jahr jedoch wurde das Fest wieder verboten; es gab Hausdurchsuchungen, Massenverhaftungen und Schießereien, bei denen es mehrere Todesopfer gegeben hat (Newsweek berichtete z.B. am 21.4. von 20 toten Kurden und einem toten Soldaten). Unter diesen Umständen erinnert die tolerante Haltung von 1985 an einen Trick, den das Regime bereits 1972 anwandte als unter kurdischer Beteiligung Kommunalwahlen stattfanden, auf die dann die Verhaftungswelle von 1973 folgte.

Die Kurden, die zusammen mit den Arabern gegen die französischen Kolonialherrschaft gekämpft und mit Ibrahim Hanano einen der größten anticolonialen Kämpfer Syriens gestellt haben, haben den syrischen Linken -Baathisten, Nasseristen, Sozialisten, Kommunisten - Anfang der 60er Jahre durch ihre Partei, die KDPS, signalisiert, daß sie nur noch für demokratische und kulturelle Rechte innerhalb Syriens kämpfen und nicht mehr für ein freies Kurdistan. Das hat zu ersten Spaltungen innerhalb der kurdischen National-

bewegung und der Gründung von mindesten sechs kurdischen Parteien geführt. Zu diesen Spaltungen haben auch die Beziehungen zwischen dem syrischen Regime und den irakischen Kurden seit 1972 beigetragen. Diejenigen, die ihren Kampf auf demokratische Rechte beschränkten, konnten und können nicht umhin, dem gesamt-nationalen Kräfteverhältnis entsprechend in der einen oder anderen Form Beziehungen mit dem Regime einzugehen. Das wurde am deutlichsten in der Zeit von 1978 bis 1983 als das Regime sich der Muslimbrüder erwehrte. Die Parteien, die die Herrschaft der Baathisten akzeptiert haben, wurden gespalten und aufgegeben. Die KP Syriens ist dafür ein gutes Beispiel. Auch die kurdischen Parteien in Syrien sind dieser Gefahr ausgesetzt. Vielleicht deutet aber die Tatsache, daß sich am 21.3.86 drei der aus der ursprünglichen KDPS hervorgegangenen Parteien - die KDPS, die Kurdische Links Partei und die Volkseinheitspartei der Kurden Syriens - ein Bündnis in Form der "Kurdisch Demokratischen Zusammenarbeit" geschaffen haben, darauf hin, daß der überfällige Lernprozeß eingesetzt hat.

"Die gerechte Sache des kurdischen Volkes ist eine Frage, die außer Diskussion steht. Aus der Sicht des Marxismus-Leninismus und weil wir eine revolutionäre arabische Organisation sind, bedeutet für uns die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes des kurdischen Volkes einen der wichtigsten revolutionären Prüfsteine für jede arabische Organisation, genau wie die Anerkennung dieses Rechtes für das palästinensische Volk und die Zerstörung des zionistischen Werkes ein Prüfstein dafür ist, wie weit eine israelische Organisation revolutionär ist.... Die richtige Lösung der kurdischen Frage kann keine andere sein als die historische Einheit Kurdistans, des Landes und des Volkes. Das schließt auch das kurdische Volk in Syrien ein, d.h. daß jede andere Art und jeder andere Inhalt des Selbstbestimmungsrechtes ein Schritt auf diesem Weg ist und nicht das endgültige Ziel sein kann." (Organisation der Kommunistischen Aktion in Syrien/Munazzamat al-Amal ash-shuyu'i fi Suriya, 1980)

Literatur:

- Nazdar, M.: Die Kurden in Syrien, in: "Kurdistan und die Kurden", Bd. 1, Göttingen 1984, S. 395 - 412.
 Varly, I.S.: The Kurdistan Problem in Syria, January 1968
 Varly, I.S.: The Syrian 'Mein Kampf' against the Kurds, Amsterdam October 1968

Cengiz Deniz

Kandidatur für einen »Georg-Büchner-Preis«

Georg Büchner, deutscher Dichter, geb. 1813, gest. 1837.

Er nahm als politisch bewußter Gegner der Reaktion an den politischen Bewegungen in Hessen 1834 aktiv teil, danach floh er als Asylsuchender in die Schweiz (Straßburg, Zürich). Zu seinen Lebzeiten gab er die sozialistisch orientierte Zeitung »Hessischer Landbote« heraus.

Im folgenden lesen wir einen Brief eines Asylsuchenden im Jahre 1987 aus seiner Heimatstadt, 150 Jahre nach seinem Ableben.

Lieber Georg Büchner!

Ich bin geflohen, so wie sie vor vielen vielen Jahren. Ich habe ein Versteck gesucht und hoffte, eins gefunden zu haben. Sie wissen, wovor sie geflohen sind, ich weiß, wovor ich geflohen bin. Ich erlaube mir zu sagen, daß Sie, Herr Georg Büchner, daran interessiert sind, zu erfahren, weshalb und wovor ich geflohen bin. In diesem Jahr des Herrn Georg Büchner - zumindest in Ihrer Heimatstadt - habe ich sehr viel über Ihr Schicksal (?) erfahren. Gestatten Sie bitte zu sagen: unsere Schicksale ergänzen sich gegenseitig. Es gibt da allerdings einen feinen Unterschied. »Die Zeit vergißt uns nicht«. (1) Längerfristig gesehen haben Sie recht, Herr Georg Büchner. Sie z. B. sind immer noch nicht vergessen worden. Im Gegenteil. Es gibt sogar zu Ihrem Andenken einen Georg-Büchner-Preis, der einmal im Jahr verliehen wird. Ob ich posthum auch einen Georg-Büchner-Preis bekomme? Oder andersherum gefragt, wird es einen Preis geben, der mit meinem Namen benannt ist? Ich bin bestimmt nicht egozentrisch. Aber Sie und ich. Wir beide - und mit uns viele andere - haben noch etwas gemeinsames. Dieser Tatsache wegen - nicht unserer Gemeinsamkeit, sondern des Anlasses wegen - wird dieser Preis nach Ihnen benannt. Da wir ein gemeinsames Schicksal haben, ist es doch logisch, daß eines Tages auch meinen Preis gibt. Genau das ist es. Irgendwann. Nicht heute, nicht morgen, sondern erst, wenn 'man' weiß, weshalb ich ihr Schicksal teile. »Was Sie für das Wohl Ihres Landes getan haben, habe ich für das meine versucht. Ich war (bin - der Verf.) weniger glücklich, man schickt mich aufs Schafott; meinetwegen, ich werde nicht stolpern.« (2) Ich weiß leider nicht, wieviel von Ihnen unter der Muttererde noch erhalten geblieben ist. Genauso bin ich mir im Unklaren, wie erfreut Sie über den Georg-Büchner-Preis sind. Seien Sie ehrlich und offen, - denn so kenne ich Sie - sind Sie darüber glücklich oder ärgerlich? Vielleicht sind Sie ja beides. Vielleicht wären Sie glücklich, wenn Sie meine Frage unvorbelastet beantworten könnten. Aber wie ich Sie kenne, Herr Georg Büchner, hätte ich gehört, »... soll sicher sein, ja für mein Gedächtnis, aber nicht für mich; mir gibt das Grab mehr Sicherheit, es schafft mir wenigstens Vergessen«. (3) Wenigstens das eine. Auch ich bin hin und wieder so weit, daß ich im Grab die Sicher-

heit suche. In diesem Punkt sind wir leider nicht nur zu zweit. Viele andere haben die Sicherheit bereits im Grab gefunden. Von einem - so sagt man - sind die letzten Spuren in einem Berliner Justizpalast zurückgeblieben. Er war auch wie Sie und ich ein »Asylant« (wie man heute zu sagen pflegt...). Nachdem dieser die Sicherheit im Grab gefunden hatte, durfte er in Berlin als politisch Verfolgter - weil politisch Verfolgte Asyl genießen, GG § 3 - verweilen. Binnen kurzer Zeit hätte er diese Sicherheit im Grab auch in seinem Land gefunden. Aber Berlin hat ihm so gut gefallen, - wie Ihnen die Schweiz -, daß er diese Stadt bzw. das Grab in Berlin dem in Istanbul vorgezogen hat.

Ich hörte neulich, Sie hätten gesagt, »wir fragen nicht, ob ein Mann (Frau - der Verf.) diese oder jene patriotische Handlung vollbracht habe, wir fragen nach seiner ganzen politischen Laufbahn. (4)

Aber mich kränkt das, Herr Büchner. Viele des Personenkreises, welcher stolz auf den Georg-Büchner-Preis ist, vermeidet das Interesse nach der 'ganzen politischen Laufbahn'. Herr Büchner, wußten Sie denn, daß Sie zu einer Vorzeigefigur geworden sind, und zwar von denen, die meine ganze politische Laufbahn - Sie gestatten, daß ich Sie permanent zitiere - verächtlich.

Was sind Sie heute (wir schreiben das Jahr 1987) für ein braver guter Patriot geworden - in Ihrer Heimatstadt.

Aus dieser Heimatstadt durfte ich im Sommer dieses Jahres zurück in meine, natürlich in Polizeibegleitung, fliegen. Wie gerne wären Sie in Polizeibegleitung nach Darmstadt geflogen. Vielleicht auch mit einer Kutsche gefahren, welche romantische Reise. Finden Sie nicht auch? Und von Darmstadt wären Sie zu Ihrem Schicksals- und Herzensfreund Herrn Pfarrer Ludwig Weidig in Butzbach, Oberhessen, gebracht worden. Denn er hätte nicht kommen können, nicht weil er nicht willig war, sonder wie sollte er denn auch seiner Zelle herauskommen? Ihre Freude des Wiedersehens hätten auch Sie nicht in Worte fassen können. Wissen Sie, weshalb ich das so definitiv behaupte? Ganz einfach, Herr Büchner, weil es mir so ergangen ist. Vor lauter Freude habe ich nur geweiht, als ich die knochigen Hände meiner Freunde gedrückt habe.

Wie gerne hätten Sie meine Hand auch gedrückt. Vielleicht werden wir dies unter der Muttererde nachholen. Sie können sich das gar nicht vorstellen, wie gut das tut. Ein warmer Händedruck. Es sind so viele Jahre her, daß Sie uns alleine gelassen haben. Haben Sie es nicht auch so empfunden? Sie hatten sicher während Ihres 23-jährigen Lebens die warmen Gefühle einer schönen Freundschaft erlebt. Ich bin über 30 Jahre alt. Ich bin älter, als Sie je geworden sind. Um so mehr haben sich die Sehnsüchte nach den guten Weggefährten ganz deutlich hervorgehoben. Dies ist nicht nur ein Merkmal des Alterwerdens, sondern auch des Erlebens des schönen

Lebens. Aber von welchem schönen Leben spreche ich denn überhaupt? Im Moment empfinde ich das Leben aufregend schön. Einfach deswegen, weil ich mit Ihnen spreche. Sie können mir gar nicht zuhören, es macht mir gar nichts aus. Denn ich fühle unsere gemeinsame Wellenlänge.

Gerade versucht mein zweijähriger Sohn hoch zu meinem Knie zu krabbeln. Wenn ich zu Geburtszeiten meines Sohnes Sie so gekannt hätte, hätte ich ihn nach Ihnen benannt. Ob das dortige Einwohnermeldeamt damit, d. h. mit dem Namen Georg Büchner, einverstanden gewesen wäre? Das ist mir doch ganz unwichtig. Sie fragen sich, weshalb? Sie meinen, ich schmeichle. Nein, Herr Büchner. Er hätte nicht deswegen Georg Büchner geheißen, damit er unser Schicksal (?) teilte, sondern weil ich Sie so gerne habe. Alle sollen das wissen. Alle Freunde und Feinde. »Es geht nicht darum, Deinen Namen zu ehren, denn, weiß Gott, Georg Büchner bedarf unserer Ehrungen nicht!« (5) Aber Sie werden in Ihrer Heimatstadt - weshalb weiß ich nicht, ob deswegen, weil Sie ein Rebell, ein Weltverbesserer waren, wohl kaum - 'geehrt'.

Aber zurück zum Thema. »Bei der Büchnerpreisfeier im Staatstheater Darmstadt, auf der Preisträger Erich Fried bundesrepublikanische Zustände und Fälle anprangerte, die er schlimm fand, zum Schluß der Stadt Darmstadt vorwarf, die Zigeuner, die sie einst gerufen habe, wieder vertrieben zu haben, gab es sowohl demonstrativen Beifall wie vehementen Protest... Dann erklärte G. Metzger (Oberbürgermeister der Stadt Darmstadt) gute Reden bei der Preisverleihung gehört zu haben und weniger gute... Aber Herr Fried, ich fand Ihre Rede eine schlimme Rede, weil sie emotional aufgeladen war, eine aufpeitschende Rede. Wer eine solche Rede halte, dürfe eigentlich einen Preis (gemeint ist der Georg-Büchner-Preis - der Verf.), ..., nicht annehmen« (6).

Herr Büchner, würden Sie bitte so freundlich sein, der Jury und dem Herrn Bürgermeister mitteilen, daß Sie mich als Kandidat für den Büchner-Preis vorschlagen. »Wer einmal nichts anderes hat als Verstand und ihn nicht einmal konsequent zu gebrauchen weiß, ist ein Stümper.« (7)

Ich bin sicher, Sie meinen nicht etwa mich, Herr Büchner.

Lieber Herr Georg Büchner, hiermit beende ich meinen Brief, in der Hoffnung, daß Sie ihn erhalten und mir zurückschreiben, und verbleibe mit asylsuchenden Grüßen.

Literaturverzeichnis:

- 1) Georg Büchner, *Dantons Tod*, Insel-Verlag, 1963, S. 26
- 2) a. a. O., S. 43
- 3) a. a. O., S. 33
- 4) a. a. O., S. 37
- 5) Erich Fried in: *Frankfurter Rundschau* vom 21. 10. 87
- 6) *Darmstädter Echo* vom 19. 10. 87
- 7) Georg Büchner, *Dantons Tod*, S. 41

Die Hände, die in der Leere waren
gingen auf einem Weg
und kehrten am Abend mit einem Glas zurück,
damit wir trinken,
aber die Zelt war noch nicht reif.
Dann schlossen wir die Fenster und die Türen
und schliefen.

Khald'Al- Taaly
Paris - 5.5.1987

M Ü N D L I C H E V E R T R Ä G E gelten als für unbestimmte Zeit geschlossen. Hier sind eventuel, besonders bei irgendwelchen Absprachen mit dem Vermieter, für Dich Zeugen günstig. Ein mündlicher Vertrag liegt spätestens bei Einzug und erster Mietzahlung vor.

S C H R I F T L I C H E V E R T R Ä G E solltest Du auf jeden Fall genau durchlesen. Für Dich ungünstig sind Formulare vom Haus- und Grundbesitzerverein o.ä. - besser und ziemlich ausführlich ist der Mustermietvertrag des Bundesjustizministeriums, den Du im Schreibwarenhandel kaufen kannst.

Allerdings ist nicht alles, was Dir der Vermieter im Vertrag aufzwingen will, gültig. So ist der Vermieter nicht berechtigt, Dir fristlos zu kündigen, wenn Du Dich an Klauseln wie kein Besuch nach 22 Uhr, keine Übernachtungen u.ä. nicht hältst.

Ebenso ist eine Vereinbarung, die die gesetzliche Kündigungsfrist von 3 Monaten verkürzt, für den Vermieter ungültig. (Ausnahmen s. u.).

A C H T U N G : Wenn im Mietvertrag auf die Hausordnung Bezug genommen wird, ist die Hausordnung Teil des Vertrages; wenn nicht, können Dir aus der Hausordnung keine weiteren Verpflichtungen entstehen.

M Ö B I L I E R T E Z I M M E R, die Teil der Wohnung des Vermieters sind, und vorübergehend (d.h. nicht länger als ein Semester) gemieteter Wohnraum haben einige Nachteile. So kann der Vermieter kündigen, ohne daß er -wie sonst- ein berechtigtes Interesse nachweisen muß. Die Kündigung muß nicht schriftlich erfolgen, und es gelten kürzere Kündigungsfristen (bei wöchentl. Miete ist Mo Kündigung für Sa möglich, bei monatlicher Miete am 15. zum Ende des Monats).

Aush als U N T E R M I E T E R (D.h. Dein Vermieter hat die Wohnung selbst gemietet) kann Dir sehr kurz fristig (14tägig) und grundlos gekündigt werden.

Günstig sind B E F R I S T E T E M I E T V E R H Ä L T N I S S E (d.h., die Mietdauer ist im Vertrag festgelegt, evt. mit Verlängerungsmöglichkeiten). Ein befristetes Mietverhältnis kann vor Ablauf der Frist nämlich nur aus wichtigem Grund (außerordentl.) gekündigt werden. So umgehst Du die extrem kurzen Kündigungsfristen für ein möbliertes Zimmer. Falls Du Dir die Möglichkeit, früher auszuziehen, offen halten willst, ist es wichtig, in den Vertrag aufzunehmen, daß der Vertrag vorzeitig aufgehoben wird, wenn Du einen zumutbaren Ersatzmieter stellst. Noch ein Vorteil eines befristeten Mietvertrages: während der Laufzeit kann die Miete nicht erhöht werden!

W G s : Hier gibts es zwei Vertragsmöglichkeiten:

- 1) Einer schließt als Hauptmieter einen Vertrag mit dem Vermieter, der das Recht auf Untermiete einräumt. D.h. nur einer muß mit dem Vermieter verhandeln, und ein Wechsel bei den übrigen WG-Mietgliedern kann problemlos passieren.

N a c h t e i l : Mit dem Auszug des Hauptmieters müssen alle raus, wenn ihr euch nicht mit dem Vermieter einigt. Am besten wäre es, in den Mietvertrag aufzunehmen, daß in einem solchen Fall das Mietverhältnis mit einem bisherigen Untermieter fortgesetzt wird.

- 2) Alle WG-Mietglieder unterschreiben den Mietvertrag. Das bedeutet z.B., daß der Einzelne für die gesamte Miete haftet (Vorteil für den Vermieter). Und der Vermieter kann nur gemeinsam kündigen.

N a c h t e i l : Ein Wechsel in der WG ist nicht möglich, es sei denn, ihr schließt mit dem Vermieter einen neuen Vertrag ab; oder ihr habt im Vertrag einen Passus, der das Problem regelt (z.B. Bestimmung, daß der Vermieter eine von den übrigen Mietern vorgestellte, ihm zumutbare Person in das Mietverhältnis aufnimmt, wenn einer der Hauptmieter ausscheidet).

Ausländerfest*
Ausländerfest*
Ausländerfest*
Ausländerfest*

am 9. Mai

ab 20 Uhr

Ausländerfest*
Ausländerfest*
Ausländerfest*
Ausländerfest*

Iranische Folklore-Gruppe

Flamenco-Gruppe

Palästinensische Folklore

Türkische Musik

Lateiamerikanische Musik

Inter. Spezialitäten

im
Schloßkeller
im
Schloßkeller

Eintritt: 2 DM

Ausländerfest*
Ausländerfest*
Ausländerfest*
Ausländerfest*

Generalunion Arabischer
Studenten (GUAS)

Herr Mohamed EL-CHAMI
Alfred-Messel-Weg 10 C 31
6100 Darmstadt

Afrikanische Studenten-
Union (ASUD)

Herr Ngeh NGONE
Alfred-Messel-Weg 8 B 14
6100 Darmstadt

Verband der Chinesischen
Wissenschaftler u. Studenten

Herr Peining ZHU
Wilh. Leuschner-Str. 3
6100 Darmstadt Tel. 165244

Griechischer Studentenverein

Frau Athina DRIZI
THD-Postfach 1463

Indischer Verein Darmstadt

Herr Nagaraj PARTHASARATHY
Alfred-Messel-Weg 8 A 51
6100 Darmstadt

Vereinigung Indonesischer
Studenten in Deutschland e.V.
Gliederung Darmstadt

Herr Tommy HUTAGALUNG
THD-Postfach 1502

Vereinigung Irakischer
Studenten in der BRD und
West-Berlin

Herr Amang Jamal AZIZ
Heinheimerstr. 4 A
6100 Darmstadt

Iranische Studentenorganisa-
tion

c/o ASTA der TH Darmstadt
Hochschulstr. 1
6100 Darmstadt

Iranischer Studentenverein

Postfach 110 564
6100 Darmstadt

PSV-Palästinensischer Studentenverein
c/o Ausländerreferat im ASTA,

Koreanische Studenten-
vereinigung Darmstadt

Herr Ock Bong KIM
Traisoerstr. 23
6100 Darmstadt
Tel. 06151/422977

Club Latinoamericano

Herr Victor CORNEJO
Erbacherstr. 1
6100 Darmstadt

Verein Libanesischer
Studenten

Herr Mohammed EL-CHAMI
Alfred-Messel-Weg 10 C 31
6100 Darmstadt

Nationale Union Syri-
scher Studenten

Herr Ibrahim ABDULLAH
Arheilger Str. 1
6100 Darmstadt
Tel. 163839

Verein der Studenten
aus der Türkei in
Darmstadt

THD-Postfach 1504

Vereinigung Demokrati-
scher Studenten aus der
Türkei

THD-Postfach 1523

Zyprischer Studenten-
verein

Herr Charalambos PISKOPOS
Alfred-Messel-Weg 8 A 36
6100 Darmstadt

Ausländerfest

Als Hund

Als Hund, der schon so lange in Westberlin lebt,
wäre ich schon längst eingebürgert, und ich brauchte nicht
jedes Jahr um meine Aufenthaltsgenehmigung zu betteln.

Als Hund, der schon so lange in Westberlin lebt,
hätte ich längst die Rechte eines deutschen Menschen, und
keiner wollte mich ausweisen.

Als Hund, der schon so lange in Westberlin lebt,
würden sie mich streicheln und freundlich begrüßen,
und keiner würde auf mich herabsehen.

Als Hund, der schon so lange in Westberlin lebt,
hätte ich nicht Lokalverbot, sondern ich wäre in den ersten
Häusern willkommen.

Als Hund, der schon so lange in Westberlin lebt,
hätte ich eine anständige, warme Wohnung und nicht eine
Hütte im Abrißhaus.

Als Hund, der schon so lange in Westberlin lebt,
brauchte ich mich nicht zu schämen, viele Kinder zu haben.

Als Hund, der schon so lange in Westberlin lebt,
würde mich keiner Kanake nennen oder Kameltreiber.

Ja, wenn ich ein Hund wäre, und ich würde schon lange in
Westberlin leben, ja, dann trüge ich ein schönes Band am Hals
und könnte hinscheißen, wohin es mir paßt.

JUSUF NAQUM